

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1927**

21.7.1927 (No. 167)

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Vernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postkontonr.
Karlsruhe
Nr. 3515

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
C. A. M. e. n. d.
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.— RM. einst. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf. — Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen...
Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Die badische Viehzucht

Die agrarische Produktionsstatistik soll feststellen, inwieweit die einheimische Landwirtschaft imstande ist, das Volk selbst zu ernähren. Dieferen unsere Bauern den gesamten Bedarf an Feldfrüchten und Vieh, dann machen sie die deutsche Volksernährung vom Ausland unabhängig...

Die beiden Zählungen von 1907 und 1925 ergeben folgende Bestände:

Table with 4 columns: Year (1907, 1925), Animal Type (Pferde, Rindvieh, Schafe, Schweine, Ziegen), and Change (+/-). Shows a general decline in most categories over the 20-year period.

Trotzdem sich Auto bzw. Motor nicht nur die Straße, sondern als Trecker und Pflug auch den Acker zu erobern sucht, hat sich der Pferdebestand sogar noch um eine Wenigkeit vermehrt. Das erklärt sich aus der starken Zunahme an Arbeitsmaschinen selbst in kleineren Landwirtschaften...

Bei der Rinderzucht ist leider ein schwerer Rückgang festzustellen, um nicht weniger als fast 55 000 Haupt. Von jeher war diese Zucht Domäne der kleinen und Mittelbauern. Allein 588 000 Rinder stehen in den Höfen bis zu 20 Hektar. Schon 1907 kamen durchschnittlich auf je 100 Hektar Fläche in den Kleinbäuerlichen Wirtschaften 118 Rinder...

Um ein wenig, 1500 Stück, hat der Schafbestand zugenommen, denn bei dem steigenden Verbrauch von ausländischer Wolle und Baumwolle kann diese Zucht nichts abwerfen. So erfreulich sich der Ziegenbestand (um 25 000 oder fast 20 Proz.) vermehrt hat, denn die Ziege ist die Kuh des kleinen Mannes...

Wir erschrecken, und finden alles erklärt, wenn wir aus der Einfuhrstatistik ersehen müssen, daß an Ölkuchen, Mele und ähnlichen hochwertigen Futtermitteln im Jahr 1913 über 2,7 Mill. Tonnen, im Jahr 1925 aber noch nicht einmal 650 000 Tonnen, also kaum ein Viertel der Menge aus dem Ausland eingeführt wurde...

Unter demselben Unstern steht der Rückgang der Fühnerzucht, trotz aller theoretischen Belehrungen, um 219 000 Stück, von 2 226 000 auf 2 007 000. Früher konnte sich jeder bei der wohlfeilen Auslandsgerste ein paar Fühner halten; heute ist das unmöglich. Es will gewiß viel sagen, wenn ein so kleines Land wie Oldenburg mit seiner anerkannt erstklassigen Viehwirtschaft so gar eine Viertelmillion Fühner verloren hat...

Schaffen wir dem Landmann wieder billige Futtermittel, dann vermag er diese in Fütze in billiges Fleisch und Fett und Milch umzuwandeln. Wie schon ausgeführt, liegt in den kleineren, also an sich schon ärmlichen Wirtschaften der Schwerpunkt unserer Viehwirtschaft. Darum verlangt die Volksernährung weitestgehende Unterstützung der kleinen bäuerlichen Betriebe...

Die deutsche Antwort auf das zweite belgische Memorandum

Die deutsche Regierung hat ihre Widerlegung auf die belgische Kopie, die die Behauptungen des ersten belgischen Memorandums wiederholt, sehr kurz gefaßt. Die in Brüssel übergebene deutsche Antwort hat folgenden Wortlaut: Die deutsche Regierung beehrt sich, auf das Memorandum vom 19. Juli, in dem die Königlich belgische Regierung die Stellungnahme ihres Wehrministers zu den Feststellungen des deutschen Memorandums vom 18. Juli übermittelt hat, folgendes zu erwidern:

Der Königlich belgische Herr Wehrminister glaubt zwar seine früheren Behauptungen über die Entlassungen aus der Reichswehr aufrecht erhalten zu können, ist aber nicht in der Lage, den amtlichen deutschen Feststellungen, die die genauen Zahlen für die letzten Jahre anführen, irgendwelche konkreten Angaben oder Beweise entgegenzusetzen. Damit erübrigt sich für die deutsche Regierung ein weiteres sachliches Eingehen auf diesen Punkt. Was die Aufwendungen des deutschen Reichshaushalts für militärische Zwecke anlangt, so genügt es, zu wiederholen, daß die Aufwendungen durch den Verfall der Beträge nicht eingeschränkt werden, und daß Deutschland daher hierüber den Signatarmächten des Versailler Vertrages keine Rechenschaft schuldig ist...

Die deutsche Regierung muß hiernach die Verwahrung, die sie gegen das Vorgehen des Königlich belgischen Herrn Wehrministers eingelegt hat, in vollem Umfang aufrecht erhalten.

Die Begründung des Schulgesetzes. Wie das „Berl. Tageblatt“ wissen will, wird in der Schulabteilung des Reichsministeriums des Innern gegenwärtig an einer ausführlichen Begründung des Reichsschulgesetzes gearbeitet.

Soldene Brücken

Der „Neuen Bad. Landesztg.“ schreibt man aus Wien: Innerhalb der christlich-sozialen Partei macht sich jetzt das Bestreben geltend, durch eine maßvolle Haltung eine Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten im Nationalrat zu ermöglichen. Das Hauptorgan der christlich-sozialen Partei, die „Reichspost“, die bisher sich meistens zum Sprachrohr des rechten Parteiflügels hergab, veröffentlicht heute die Ausführungen einer maßgeblichen Persönlichkeit, wie man erfährt, eines einflussreichen christlich-sozialen Nationalrates.

Es wird hier erklärt, daß die Auseinandersetzungen über die Freisprechung der Schattendorfer Frontkämpfer jetzt auf den ordentlichen Weg der parlamentarischen Behandlung gebracht werden müsse. Nachdem nunmehr die Gefahr vorüber sei, daß die Regierung durch den Streit zum Rücktritt gezwungen werden könnte, müsse sich das Parlament ernsthaft mit der Frage der Zusammenfassung seiner Kräfte beschäftigen, um seine verloren gegangene Autorität wieder zu gewinnen. Von den traurigen Ereignissen der letzten Tage sei wenigstens das eine Gute zu erwarten, daß das Parlament jetzt arbeitsfähig und arbeitswillig werde...

Der Abbruch des Verkeresstreiks wird zu Recht und zu Unrecht als eine Niederlage der sozialdemokratischen Partei bezeichnet. Zu Recht, weil sich der radikale Teil der Partei erst durch die sehr energiegelassen Vorstellungen des in seinem Marxismus unverdächtigten Friedrich Adler überzeugen ließ, daß eine Fortdauer des Bahn- und Poststreiks innen- und außenpolitisch zu einer Katastrophe führen müßte. Die radikale Strömung hatte die Parteileitung dazu gebracht, Forderungen an die Regierung, darunter auch die des Rücktritts, zu stellen. Es mußte dem Eindruck der Niederlage machen, als plötzlich dann der Beschluß einer an seine Bindungen geknüpften Aufgabe des Verkeresstreiks folgte. Betrachtet man aber die Sachlage genauer, dann muß gesagt werden, daß die Bezeichnung „Niederlage“ insofern unrichtig ist, als die Gemäßigten sich zur Ausrufung des Generalstreiks entschlossen hatten, weil die wilden Streiks aufgefangen werden mußten und weil die Gewerkschaften gänzlich die Führung verloren hatten, überumpelt von der kommunistischen Agitation und dem Mitgehen des sozialdemokratischen radikalen Flügel.

Klage politische Beurteiler auf bürgerlicher Seite haben denn auch angetragen — und dieser Rat ist von christlich-sozialer Seite befolgt worden —, kein Triumphgeschrei über eine Niederlage der Sozialdemokratie anzustimmen, weil dadurch nur die gemäßigten sozialdemokratischen Führer wieder geschwächt werden könnten und die radikalen Oberwasser gewinnen würden und so eine parlamentarische Zusammenarbeit zur notwendigen Beschwichtigung der Gemüter erschwert werden müßte. Die Opposition, die aus den Wahlen gestärkt hervorging, hat gewiß einen Denkzettel erhalten, der sie für längere Zeit bescheiden machen muß. Es liegt aber im Interesse der Befriedung Österreichs, daß man keine neue Erbitterung im sozialdemokratischen Lager erzeugt, sondern es ermöglicht, die in einem Teil der Arbeiterschaft noch fortbauende Erregung zu dämpfen. In dieser Hinsicht ist auf eine sehr maßvolle Rundgebung der Wiener Handelskammer zu verweisen, die nach Beratung mit führenden Persönlichkeiten des Gewerbes, der Kaufmannschaft, der Großindustrie und des Bauernverbandes erlassen wurde.

Wien in Trauer

Auch nach sehr vorzüglicher Beurteilung der Lage, konnte man am Mittwoch, an dem Tage, wo 60 Opfer der Unruhen zur letzten Ruhe bestattet wurden, feststellen, daß der Nervosität der letzten Tage in gewisse Besinnung gefolgt ist. Allerdings kam es vor der Leichenhalle des Wiener Allgemeinen Krankenhauses zu stürmischen Szenen. Die Angehörigen der Opfer brachen in laute Klagen aus. Die Erregung wuchs, so daß die Tore geschlossen und die Wache die Straße räumen mußte. Bei den Beisetzungsfeierlichkeiten sprach Stadtrat Speißer namens der Stadtverwaltung, Abg. Dr. Ellenbogen für die sozialdemokratische Partei und Dr. Adler. Dieser hob hervor, daß die sozialdemokratische Arbeiterschaft Deutschlands und ebenso das Reichsbanner Schwarz-rot-gold ihre Kränze gesandt haben. Auch für die Sozialisten Frankreichs, der Tschechoslowakei und anderer Länder, die überhaupt der sozialistischen Arbeiterinternationale angehören, spricht Dr. Adler der Stadt Wien das Mitgefühl aus.

Bei den Unruhen in Wien fanden vier Postbeamte den Tod, 58 wurden schwer, 183 leicht verletzt. Bei 202 ist der Umfang der Verletzungen noch nicht festgestellt. Die Zahl der Todesopfer beträgt insgesamt 99.

In Berlin ist die kommunistische Parole, während der Wiener Beisetzungsfeierlichkeiten die Arbeit 15 Minuten ruhen zu lassen, nirgends befolgt worden.

Der Vorstand des Reichsbauernbundes Österreich hat eine Entschließung gefaßt, in der die Frage Wien als ein internationales Problem bezeichnet und betont wird, daß im Falle neuer Gefahren die Regierung sicher sein kann, daß die österreichische Bauernschaft sich bereit hält, zusammen mit den Sicherheitsorganen des Staates die friedliche Arbeit und das Gut der Bürger zu schützen.





